



JCVP Factsheet Erasmus+

Was ist Erasmus+?

Erasmus+ ist das europäische Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Es enthält Programme für Auslandsaufenthalte für alle Bildungsstufen, von der Primarschule bis zur Erwachsenenbildung. Gleichzeitig zielt Erasmus+ auch auf den Austausch von Know-How zwischen den Bildungsinstitutionen und ermöglicht es diesen vereinfacht gemeinsame Projekte zu entwickeln und zu finanzieren. Neben schulischen Programmen dient Erasmus+ auch Jungunternehmern, der Sportförderung und den ausserschulischen Jugendaktivitäten (Jugendverbände, etc.).

Was ist geschehen?

Die Schweiz war bis Ende 2013 assoziiertes Mitglied in Erasmus und verhandelte mit der EU über eine Assoziierung an das Nachfolgeprogramm Erasmus+ (2014-2020). Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 musste sie jedoch die Verhandlungen über die Assoziierung an Erasmus+ sistieren. Daraufhin lancierten Jugend- und Studierendenverbänden einen offenen Brief an den Bundesrat und das Parlament verabschiedete 2 Motionen seiner Bildungskommissionen, die vom Bundesrat verlangten, wieder eine volle Mitgliedschaft bei Erasmus+ anzustreben und für die Zwischenzeit eine Übergangslösung für die Betroffenen zu entwickeln. Gemäss Bundesrat könne die Schweiz bei Erasmus+ wieder voll dabei sein, wenn die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative geklärt sei. Obwohl dies Ende 2016 geschah, durften die Betroffenen Anfang 2017 erfahren, dass der Bundesrat aktuell keine Reassoziierung an Erasmus+ anstrebt und diese frühestens ab 2021 „prüfen“ werde, trotz stehendem Mandat des Parlaments.

Welche Probleme bestehen?

Die Schweiz hat ohne Mitgliedschaft in Erasmus+ keinen Zugang zu den oben beschriebenen Programmen. Die Übergangslösung des Bundesrates (SEMP) fokussiert sich in erster Linie auf den Studierendenaustausch, womit die Jugendorganisationen, Erwachsenenbildung, JungunternehmerInnen, etc., sowie der gesamte Austausch zwischen den Bildungsinstitutionen aussen vor bleiben. Doch selbst innerhalb des beschränkten Lernmobilitätsangebots der Übergangslösung bestehen Probleme. Jede Hochschule muss beispielsweise bilaterale Verträge mit jeder Hochschule in Europa abschliessen, mit der sie ein Austauschprogramm betreiben will. Diese Verträge muss jede Hochschule jedes Jahr erneuern, da sie jedes Jahr um die Erneuerung der Finanzierung der Übergangslösung bangen muss. Damit haben die Austauschmöglichkeiten für junge SchweizerInnen in Ausbildung stark abgenommen, sowohl was die Destinationen, als auch die Anzahl Plätze angeht, obwohl jedes Jahr 10'000 SchweizerInnen sich um einen solchen Platz bewerben. Wenn ein Austausch zustande kommt, bleiben den Betroffenen trotzdem der Zugang zu wichtigen Erasmus+-Infrastrukturen während des Austausches verwehrt. Mit der Übergangslösung zahlt die Schweiz nicht nur die ausgehenden Studierenden (Outgoing), sondern auch die eingehenden europäischen Studierenden (Incoming), da die Schweiz nicht für Erasmus+-Gelder qualifiziert ist.

Mit dem mangelnden Zugang zu Erasmus+ von 2014 bis mindestens Ende 2020 bleiben einer ganzen Generation die Vorteile des europäischen Bildungsraums verwehrt. Als Drittstaat fällt die Schweiz somit hinter Liechtenstein, Norwegen, Island, Mazedonien und die Türkei im Zugang zum europäischen Bildungsraum. Betroffen davon sind alle Bildungsstufen aber auch der Bildungsstandort Schweiz selbst, der für seine internationalen Projekte stark an Sichtbarkeit verliert und den Zugang zum europäischen Ressourcenpool zur Weiterentwicklung seiner Bildungsprogramme verloren hat. Studien haben gezeigt, dass Teilnehmende am Erasmus+-Programm eine 50 Prozent geringere Chance haben später arbeitslos zu werden. Hart trifft dies auch die ausserschulischen Aktivitäten der Jugendlichen, die viele Jugendorganisationen vor finanzielle und praktische Probleme für die Projektdurchführung stellen.